Bericht zur Arbeit des Integrationsrats 2025/2026 (September bis August)

1. Grundsätzliches zum Integrationsrat

1.1. Rechtsgrundlagen, Zusammensetzung, Aufgaben, Selbstverständnis

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung besteht seit dem Jahr 2010 und ging aus dem 1973 gegründeten Ausländerbeirat und dem 1984 gegründeten Aussiedlerbeirat der Stadt hervor. Die Rechtsgrundlage für die Arbeit des Integrationsrats bildet eine vom Stadtrat erlassene Satzung.[1] Die Durchführung der alle sechs Jahre stattfindenden Wahl des Rates durch die Bevölkerung mit Migrationsgeschichte ist durch eine entsprechende Wahlordnung geregelt.[2] Relevant ist außerdem die Geschäftsordnung des Stadtrates, die sinngemäß auch für den Geschäftsgang des Integrationsrates Anwendung findet.[3]

Der Integrationsrat setzt sich grundsätzlich aus 30 gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Nürnberger Bevölkerung mit Migrationsgeschichte zusammen. Hinzu kommen zudem noch fünf vom Gremium selbst berufene beratende Personen, die seine Arbeit durch ihre Fachexpertise bereichern sollen (Sachverständige). In der laufenden Wahlperiode umfasste das Gremium ausnahmsweise sogar 31 Mitglieder mit Stimmrecht; diese Zahl hat sich durch ein wohnortswechselbedingtes Ausscheiden inzwischen wieder auf 30 verringert. Die Mitglieder repräsentieren 19 verschiedene Bezugsländer. Mehr als zwei Drittel von ihnen wurden 2022 neu in den Rat gewählt, nur neun Personen gehören ihm schon seit zwei Perioden oder länger an.[4]

Kernaufgabe des Integrationsrates ist es, die Interessen und Belange der Menschen mit Migrationsgeschichte in Nürnberg in den kommunalpolitischen Diskurs einzubringen. Das Gremium berät den Stadtrat und seine Ausschüsse in Fragen der Integrationspolitik, entwickelt eigene Initiativen und Empfehlungen und trägt damit zu einer chancengerechten und inklusiven Stadtgesellschaft bei. Das Forum des direkten Austauschs zwischen Stadtrat und Integrationsrat ist die Kommission für Integration. Darüber hinaus fungiert der Integrationsrat als Bindeglied zwischen Verwaltung, Politik und migrantischen Communities und unterstützt die Vernetzung relevanter Akteure.

Obwohl Fragen der Welt- oder Heimatlandpolitik grundsätzlich nicht zum Aufgabenbereich des Integrationsrates gehören, ist dem Gremium bewusst, dass sich Spannungen oder Konflikte in anderen Ländern auch auf das hiesige Miteinander migrantischer Communities auswirken können. Solche Entwicklungen werden daher in ihrer Bedeutung für das lokale Zusammenleben beobachtet und, soweit erforderlich, aufgegriffen. Trotz der großen inneren Diversität seiner Mitglieder und der Vielzahl der von diesen abgebildeten religiösen, politischen und sprachlichen Hintergründen hat der Integrationsrat dabei stets eine klare Haltung gezeigt: Er verurteilt jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sei es Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit oder andere Formen von Hass und Ausgrenzung. Diese Haltung bildet ein verbindendes Fundament für die gemeinsame Arbeit im Integrationsrat und für sein Engagement für ein respektvolles und friedliches Zusammenleben in Nürnberg.

---

[1] Die Integrationsratssatzung (IntRS) ist online abrufbar im „Nürnberger Stadtrecht“ unter: https://www.nuernberg.de/imperia/md/stadtrecht/dokumente/001_352.pdf

[2] Integrationsratswahlordnung (IntRWO): https://www.nuernberg.de/imperia/md/stadtrecht/dokumente/0/001/001_353.pdf

[3] Stadtratsgeschäftsordnung (StRGeschO): https://www.nuernberg.de/imperia/md/stadtrecht/dokumente/strgescho_nov_2024_beschlossen.pdf

[4] Aller 30 stimmberechtigten Integrationsratsmitglieder und ihre jeweiligen Bezugsländer sowie auch die fünf sachverständigen Mitglieder des Integrationsrates sind auf dessen Website namentlich unter der Kategorie „Mitglieder“ aufgeführt: https://www.nuernberg.de/internet/integrationsrat/mitglieder.html

1.2. Organe und ihre Zuständigkeiten

An der Spitze des Integrationsrates steht ein vierköpfiger **geschäftsführender Vorstand**, der aus dem bzw. der Vorsitzenden und drei stellvertretenden Vorsitzenden besteht. Der geschäftsführende Vorstand wird alle zwei Jahre (also dreimal innerhalb der sechsjährigen Wahlperiode des Rates) neu gewählt; eine Wiederwahl ist zulässig. Der geschäftsführende Vorstand regelt das Tagesgeschäft des Integrationsrates, insbesondere seine Außenvertretung (durch den Vorsitzenden bzw. durch ihn auf seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter oder auf andere Mitglieder delegiert), und kommt ca. alle 14 Tage zu Sitzungen zusammen.

Zusammen mit fünf weiteren Mitgliedern, die ebenfalls alle zwei Jahre gewählt werden, bildet der geschäftsführende Vorstand den neunköpfigen **erweiterten Vorstand**. Der erweiterte Vorstand diskutiert Fragen grundlegender Bedeutung und legt u.a. die Tagesordnung für die Vollversammlungen (wie Integrationsratssitzungen an sich bezeichnet werden) fest. Der erweiterte Vorstand tagt immer mit ca. zwei Wochen Vorlauf vor den Vollversammlungen und ansonsten nach Bedarf.

Die **Vollversammlung** ist das Plenum, in dem alle 30 gewählten Integrationsratsmitglieder zusammenkommen und rede- und stimmberechtigt sind. Sie verabschiedet die Beschlüsse des Integrationsrates, die dann der Verwaltung und der Kommission für Integration zur weiteren Beratung vorgelegt werden. Die Vollversammlung soll laut Satzung des Integrationsrates viermal jährlich tagen; de facto hat sie seit der Neuwahl des Gremiums 2022 deutlich häufiger getagt.[5]

Ähnlich wie im Stadtrat bestehen daneben noch eine Reihe von Ausschüssen des Integrationsrates, **Arbeitsausschüsse** (AAs) genannt. Diese sind aktuell (Stand Ende August 2026):

- AA Zuschussvergabe
- AA Öffentlichkeitsarbeit
- AA Bildung und Beruf
- AA Soziales und Gesundheit
- AA Flucht, Migration und Menschenrechte

In den Arbeitsausschüssen findet die Detailarbeit statt. Dort werden Anträge vertieft diskutiert und überarbeitet und Expertinnen und Experten aus der Stadtverwaltung sowie von externen Stellen angehört. Bis auf den AA Zuschussvergabe, der eine spezielle Aufgabe und daher einen festen und exklusiven Mitgliederstamm hat[6], steht die Mitarbeit in den Arbeitsausschüssen allen Integrationsratsmitgliedern offen. Die Arbeitsausschüsse tagen auf Initiative ihrer jeweiligen Sprecherinnen bzw. Sprecher nach Bedarf.

1.3. Ablauf des Geschäftsgangs

In der Regel etwa vier Wochen vor dem Termin der nächsten Vollversammlung tagt der geschäftsführende Vorstand. Er sichtet mit Unterstützung der Geschäftsstelle alle bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Anträge aus den Reihen der Mitglieder (neue und auch solche, die ggf. bereits einmal vorlagen und inzwischen durch Ausschüsse überarbeitet wurden) und entscheidet, mit welchen

[5] 2023 gab es sieben Vollversammlungen, 2024 und 2025 fanden jeweils sechs Vollversammlungen und 2026 bislang fünf Vollversammlungen statt. Es handelt sich um öffentliche Sitzungen. Ihre Termine werden (mit Angabe des Tagungsorts und der Uhrzeit) im Voraus für das jeweils laufende Jahr auf der Website des Integrationsrates bekannt gemacht: https://www.nuernberg.de/internet/integrationsrat/beschluesse.html

[6] Der Integrationsrat wirkt an der Vergabe städtischer Zuschüsse für die Durchführung von Förder- und Deutschkursen, an der Vergabe von Mietzuschüssen an gemeinnützige Migrantenvereine und an der Vergabe von Zuschüssen für Interkulturelle Aktivitäten mit. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben hat der Rat den AA Zuschussvergabe gebildet. Nähere Informationen dazu sind auf der Website des Integrationsrates zusammengestellt und abrufbar: https://www.nuernberg.de/internet/integrationsrat/zuschuesse.html

Anträgen und Themen sich der erweiterte Vorstand zur Vorbereitung der Vollversammlung näher beschäftigen soll. Hier geht es in der Regel um Priorisierungsentscheidungen (ein Thema muss unbedingt in der nächsten Vollversammlung behandelt werden, während ein anderes Thema noch warten kann) und formelle Fragen (manchmal ist ein Antrag eigentlich kein „Antrag", sondern kann durch eine einfache Anfrage an die Verwaltung erledigt werden; ggf. fallen einzelne Anträge auch klar nicht in den Zuständigkeitsbereich des Integrationsrates, was den Antragstellern dann rückgemeldet wird). Am Ende steht eine vom geschäftsführenden Vorstand beschlossene Tagesordnung für den erweiterten Vorstand.

Der erweiterte Vorstand tagt in der Regel etwa eine Woche später. Hier werden die zur Behandlung in der Vollversammlung vorgeschlagenen Themen und Anträge erstmals auch vertieft inhaltlich diskutiert. Die Antragstellerinnen und Antragsteller haben hier satzungsgemäß das Recht, mit Rederecht an der Vorstandssitzung teilzunehmen und zu ihrem eigenen Antrag zu sprechen. Oft werden Anträge von hier zunächst zur weiteren Behandlung in die Ausschüsse verwiesen, weil man noch wichtige Details klären und dafür Expertise (sei es in Form schriftlicher Auskünfte, sei es in Form von Berichten durch geladene Experten) einholen möchte. Am Ende steht eine vom erweiterten Vorstand beschlossene Tagesordnung für die nächste Integrationsratssitzung.

In den Vollversammlungen erfolgt nochmals die Vorstellung der auf der Tagesordnung stehenden Anträge und eine vertiefende Debatte. In der Regel stehen am Ende offizielle Beschlüsse des Integrationsrates, die dann an die Stadtverwaltung und an die Kommission für Integration weitergeleitet werden.[7]

1.4 Geschäftsgang in Zahlen

1.4.1 Entwicklung der Kennzahlen von 2023 bis 2026

Der Berichtszeitraum reicht von September 2025 bis August 2026 und umfasst damit Teile zweier Kalenderjahre. Die Kennzahlen werden weiterhin kalenderjährlich ausgewiesen. Für 2025 liegen nun die Gesamtjahreswerte vor; für 2026 ist jeweils der Stand bis einschließlich August angegeben. Die Entwicklung wurde im Berichtszeitraum vor allem durch die erneute Besetzung der FiBA+-Projektstelle, die Kommunalwahl 2026 und die Gastgeberrolle des Integrationsrates bei der AGABY-Vollversammlung geprägt.

1.4.2 Kontakte der Geschäftsstelle

2023	1.588
2024	1.713
2025	1.127
2026	1.344 (bis inkl. August)

Die Zahl aller Kontakte lag 2025 bei insgesamt 1.127. Dabei wirkte sich positiv aus, dass die von Dezember 2024 bis einschließlich Juni 2025 vakante FiBA+-Projektstelle im Umfang von 30 Wochenarbeitsstunden wieder besetzt werden konnte. Seit der Wiederbesetzung nahm die Zahl der Beratungs-, Vernetzungs- und Koordinierungskontakte erwartungsgemäß wieder deutlich zu (bis inkl. August 2025 waren es erst 628 gewesen). Im aktuellen Jahr konnten bis Ende August bereits

[7] Die Beschlüsse des Integrationsrates, die Einladungen mit Tagesordnung sowie die Ergebnisprotokolle der Vollversammlungen sind für die laufende Wahlperiode chronologisch nach Sitzungen geordnet im Internet auf den Seiten des Rates abrufbar und werden (nach erfolgter Genehmigung der Protokolle durch den Integrationsrat) laufend ergänzt: https://www.nuernberg.de/internet/integrationsrat/beschluesse.html

1.344 Kontakte erfasst werden; mehr als im gesamten Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung unterstreicht sowohl die Bedeutung und Attraktivität des Beratungsangebots von FiBA+ als auch die anhaltend hohe Nachfrage nach der Geschäftsstelle als Anlauf- und Vernetzungsstelle.

1.4.3 Gremiensitzungen

2023	41
2024	36
2025	58
2026	25 (bis inkl. August)

Im Jahr 2025 fanden insgesamt 58 Sitzungen statt. Bis Ende August 2026 waren es 25 Sitzungen des Gesamtgremiums (Vollversammlungen), der Vorstände und Arbeitsausschüsse sowie einzelne Sonderformate. Der Rückgang entspricht zunächst einem wiederkehrenden Rhythmus der Gremienarbeit: Auf die turnusgemäße Neuwahl des Vorstands folgt regelmäßig ein besonders arbeitsintensives Jahr, in dem der neu gewählte Vorstand sein unmittelbares Arbeitsprogramm auf den Weg bringt und zahlreiche Vorhaben in den Arbeitsausschüssen behandelt werden. Im zweiten Jahr nach der Vorstandswahl lässt die Sitzungstätigkeit erfahrungsgemäß etwas nach, weil ein wesentlicher Teil dieser Vorhaben zunächst abgearbeitet ist. Im Jahr 2026 wurde dieser turnusbedingte Effekt durch mehrere Sonderfaktoren verstärkt. Wie bereits bei früheren Kommunalwahlen kandidierten zahlreiche Mitglieder des Integrationsrates selbst für den Stadtrat und konzentrierten sich in den ersten Monaten des Jahres verstärkt auf den Wahlkampf. Zugleich war von Anfang Dezember 2025 bis zur Oberbürgermeister-Stichwahl am 22. März 2026 durchgehend mindestens ein Mitarbeitender der Geschäftsstelle zur Einteilung der Wahlvorstände an das Wahlamt abgeordnet. Dadurch standen der Geschäftsstelle vorübergehend geringere personelle Kapazitäten für die Vorbereitung und Begleitung der Gremienarbeit zur Verfügung.

1.4.4 Anträge des Integrationsrates

2023	40
2024	16
2025	46 (davon 13 im Zeitraum September bis Jahresende)
2026	12 (bis inkl. August)

Nach 46 neuen Anträgen im Jahr 2025 wurden bis Ende August 2026 zwölf neue Anträge eingebracht. Auch darin zeigt sich (auch im Vergleich mit den Jahren 2023/2024) der wiederkehrende Zweijahresrhythmus der Gremienarbeit: Im ersten Jahr nach der Neuwahl des Vorstands werden dessen Arbeitsschwerpunkte regelmäßig in eine größere Zahl neuer Anträge und Initiativen überführt. Im darauffolgenden Jahr ist ein wesentlicher Teil dieses unmittelbaren Arbeitsprogramms bereits eingebracht und befindet sich in den Arbeitsausschüssen oder anderen Gremien in der weiteren Beratung, sodass die Zahl neuer Anträge erfahrungsgemäß zurückgeht. Dieses turnusbedingte „Zwei-Jahres-Tief“ wurde 2026 wie schon erläutert durch die Kommunalwahl zusätzlich verstärkt.

Hinzu kam die arbeitsintensive Gastgeberrolle des Integrationsrates beim AGABY-Vollversammlungs-Wochenende am 13./14. Juni 2026.[8] Ihr vorgeschaltet war der vom Integrationsrat organisierte Fachtag am 13. Juni 2026 unter dem Titel „Zukunft braucht Bildung“. Im Frühjahr 2026 floss ein erheblicher Teil der verfügbaren ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kapazitäten in die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen.

Die thematische Verteilung der Anträge im Jahr 2026 zeigt, gleichwohl eine klare Schwerpunktsetzung: Sechs der zwölf Anträge entfielen auf Bildung und Beruf, und zwar vor allem das Thema Arbeitsmarktintegration Zugewanderter, das sich der Rat schon seit längerem zum Arbeitsschwerpunkt gewählt hat. Drei weitere betrafen Flucht, Migration und Menschenrechte. Je ein Antrag war den Bereichen Formelles, Soziales und Gesundheit sowie Öffentlichkeitsarbeit und Außendarstellung zuzuordnen.

Nach Themenbereichen:

	2023	2024	2025 (in Klammern: ab September)	2026 (bis inkl. August)
Konstituierung und Formelles	10	1	3	1
Bildung und Beruf	9	3	9 (4)	6
Soziales und Gesundheit	9	3	22 (7)	1
Flucht, Migration und Menschenrechte	4	6	5	3
Öffentlichkeitsarbeit und Außendarstellung	7	1	4 (1)	1
Sonstiges	1	2	3 (1)	0

Bei den Werten für 2025 in der thematischen Übersicht sind neben dem Stand zum Jahresende in Klammern auch die zusätzlichen Anträge nach dem Stichtag des Vorjahresberichts (also ab September 2025) aufgeführt. Der Gesamtjahreswert für 2025 beträgt 46 Anträge. Für 2026 beziehen sich sowohl Gesamtzahl als auch thematische Aufschlüsselung auf den Stand bis einschließlich August.

1.4.5 Beschlüsse des Integrationsrates

2023	27 (davon viele Formalia zu Beginn der Wahlperiode)
2024	9
2025	10
2026	8 (bis inkl. August)

Der Rückgang bei den neuen Anträgen im laufenden Jahr führte nicht zu einem entsprechenden Rückgang der Beschlüsse. Nach zehn Beschlüssen im Jahr 2025 fasste der Integrationsrat bis Ende August 2026 bereits acht Beschlüsse. Mehrere dieser Themen waren schon in den Vorjahren eingebracht worden und hatten zunächst Beratungen in den Arbeitsausschüssen, Rückfragen an die Verwaltung oder weitere Abstimmungen durchlaufen. Die Zahlen zeigen daher, dass der Rat

[8] AGABY steht für die „Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns“, zu deren Gründungsmitgliedern der Nürnberger Integrationsrat zählt; siehe auch online unter: https://www.agaby.de

auch unter den besonderen Rahmenbedingungen des Jahres 2026 seine laufenden Vorhaben konsequent weiterbearbeitete.

2. Arbeitsschwerpunkte von September 2025 bis August 2026

Im Berichtszeitraum bearbeitete der Integrationsrat ein breites Spektrum von Themen. Neben den Schwerpunkten Bildung, Spracherwerb, berufliche Integration und Antidiskriminierung traten insbesondere im Herbst 2025 zahlreiche Anträge zu sozialer Teilhabe, Kinder- und Jugendschutz, Wohnen und zum respektvollen Zusammenleben hinzu. Ein Teil dieser Vorschläge befindet sich zum Ende des Berichtszeitraums noch in der fachlichen Prüfung oder im Beratungsprozess der zuständigen Arbeitsausschüsse. Die geringere Zahl neuer Anträge im Jahr 2026 ist daher nicht als Rückgang der inhaltlichen Arbeit zu verstehen.

2.1 Bildung, Sprachförderung und Zugang zum Arbeitsmarkt

Ein Schwerpunkt der Arbeit lag auf den Folgen der Kürzungen bei bundesgeförderten Integrations- und Berufssprachkursen, die hier vor Ort in Nürnberg u.a. durch einen starken Anstieg der Nachfrage nach den vom Integrationsrat verwalteten Zuschussmitteln für niedrigschwellige Deutschkurse sichtbar wurden. Der Integrationsrat befasste sich mit einer eigenen Stellungnahme gegen die Einschränkungen und forderte eine verlässliche Finanzierung. Zugleich regte er einen kommunalen Fahrplan an, mit dem weggefallene oder eingeschränkte Möglichkeiten des Deutscherwerbs zumindest übergangsweise teilweise kompensiert werden können. Als Grundlage soll das bereits seinerzeit vom Integrationsrat mit-initiierte Kommunale Programm Deutschspracherwerb geprüft und an die veränderten Bedarfe angepasst werden.

Die berufliche Integration wurde mit dem Vorschlag für ein kommunales Pilotprojekt zum vereinfachten Zugang zu beruflicher Praxis weiterverfolgt. Aufbauend auf der Ideenwerkstatt zur beruflichen Integration und den Aktionstagen Weiterbildung sollen Zugewanderte schon während des Spracherwerbs durch Hospitationen, Kurzpraktika oder andere Erprobungsformate Praxiserfahrung sammeln können. Das Bildungsbüro soll die Konzeptentwicklung federführend übernehmen und Unternehmen frühzeitig und verbindlich einbeziehen; entsprechende Möglichkeiten werden derzeit gemeinsam mit strategischen Partnern wie dem BAMF, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter sowie IHK und HWK geprüft und erarbeitet. Im Zuge der engen Zusammenarbeit mit diesen Partnern erfolgt auch eine Teilnahme des Integrationsrates am ersten „International Community Day Mittelfranken“ (ICD) am 10.10.2026.

Um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte den Zugang zum Arbeitsmarkt und insbesondere zu Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadtverwaltung zu erleichtern, führte der Integrationsrat im Berichtszeitraum ein Pilotprojekt durch. Fünf zugewanderte Personen im Alter von 25 bis 53 Jahren aus Afghanistan, Ecuador, Rumänien, der Türkei und der Ukraine erhielten die Gelegenheit, jeweils ein zweiwöchiges Praktikum in der Geschäftsstelle des Integrationsrates zu absolvieren. Ihre Deutschkenntnisse lagen zwischen den Sprachniveaus A1 und B2. Der Verlauf und der individuelle Erfolg der Praktika hingen maßgeblich von den jeweiligen Vorkenntnissen und insbesondere von bereits vorhandenen Erfahrungen in Büroberufen ab. Die Ergebnisse reichten von einem vorzeitigen Abbruch bis zu einer sehr guten abschließenden Bewertung. Zwei besonders gut bewertete Teilnehmende wurden während ihres Praktikums auf für sie geeignete Ausbildungsplätze bei der Stadt Nürnberg mit Ausbildungsbeginn zum 1. September 2027 aufmerksam und beabsichtigen, sich darauf zu bewerben. Aufgrund der geringen Zahl der Teilnehmenden lassen sich aus dem Pilotprojekt noch keine verallgemeinerbaren Schlussfolgerungen ziehen. Die gewonnenen Erfahrungen sprechen jedoch grundsätzlich für eine Fortführung beziehungsweise Wiederholung des Ansatzes. In Dienststellen, deren Tätigkeiten weniger stark von schriftlicher und mündlicher Sprachkompetenz geprägt sind als die Arbeit der Geschäftsstelle des Integrationsrates, könnte die Erfolgsquote voraussichtlich noch höher ausfallen.

Mehrere Anträge aus dem Herbst 2025 erweiterten diesen Schwerpunkt noch. So wurde angeregt, Lehrkräfte aus Herkunftsländern, die in Nürnberg muttersprachlichen Unterricht anbieten, insbesondere bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen und bei der Orientierung in der Stadt zu unterstützen. Damit sollte die personelle Kontinuität dieser Bildungsangebote gesichert und zugleich die Bedeutung von Mehrsprachigkeit und Herkunftssprachen hervorgehoben werden.

Ein weiterer Antrag schlug ein optimierte Rückmeldeverfahren für Lehrkräfte und Schulleitungen vor. Eltern sowie Schülerinnen und Schüler sollten dadurch niedrigschwellig Rückmeldungen zur Unterrichtsqualität und zum Schulklima geben können. Der Vorschlag zielte insbesondere darauf, Familien mit Sprachbarrieren oder geringer Erfahrung mit dem deutschen Schulsystem besser an schulischen Qualitätsprozessen zu beteiligen.

Auch der Zugang zu schulischen Bildungsangeboten war Gegenstand eines Antrags. Nach Rückmeldungen orthodoxer Familien setzte sich der Integrationsrat dafür ein, bei der Schulanmeldung deutlicher über die bereits bestehende Möglichkeit orthodoxen und sonstigen konfessionellen Religionsunterrichts zu informieren. Vorgeschlagen wurde eine Erweiterung des Anmeldebogens, mehrsprachige Hinweise und die Prüfung schulübergreifender Angebote, wenn die erforderliche Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern an einer einzelnen Schule nicht erreicht wird.

Mit dem Fachtag „Zukunft braucht Bildung“ am 13. Juni 2026 bündelte der Integrationsrat viele dieser und ähnlicher Fragen in einem landesweiten fachlichen Austausch. Die am Folgetag in Nürnberg ausgerichtete AGABY-Vollversammlung gab den kommunalen Integrationsräten und -beiräten aus Bayern zugleich Raum für Vernetzung und gemeinsame Positionierung.

2.2 Soziale Teilhabe, Wohnen und Existenzsicherung

Die angespannte Situation auf dem Nürnberger Wohnungsmarkt wurde in einem Antrag zum Ausbau des kommunalen Wohnungsbaus aufgegriffen. Vorgeschlagen wurden der Neubau, die Sanierung und der Erwerb städtischer Wohnungen, sozial ausgewogene Vergabekriterien sowie die Prüfung langfristig bezahlbarer Miet- und Mietkaufmodelle. Der Antrag stellte dabei die besonderen Schwierigkeiten einkommensschwacher Haushalte und von Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Wohnungssuche heraus.

Ein weiterer Vorschlag betraf Menschen ohne festen Wohnsitz, die eine Beschäftigung aufnehmen oder eine konkrete Arbeitszusage erhalten haben. Für sie sollte ein einfaches Verfahren zur Einrichtung einer verlässlichen Postadresse geprüft werden. Eine solche Adresse kann den Abschluss und die Abwicklung eines Beschäftigungsverhältnisses, den Zugang zu einem Bankkonto und einer Krankenversicherung sowie die weitere Wohnungssuche wesentlich erleichtern.

Beide Anträge befinden sich, wie viele andere hier kursorisch kurz beschriebene, noch im vertiefenden gremieninternen Beratungsverfahren. Ihre Darstellung an dieser Stelle dient dazu, einen möglichst vollständigen Überblick über die Tätigkeitsfelder der Integrationsratsarbeit zu gewährleisten.

2.3 Schutz und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien

Mehrere Anträge aus dem Herbst 2025 nahmen die Situation besonders schutzbedürftiger Kinder und Jugendlicher in den Blick. Für das Projekt „Flüchtlingskinder stärken“ von IMEDANA e. V. wurde eine kurzfristige kommunale Unterstützung angeregt, die der Integrationsrat selbst als Institution leider nicht leisten kann. Das Projekt verbindet pädagogische Begleitung, psychosoziale Stabilisierung und Empowerment für geflüchtete Kinder, die häufig zugleich von Fluchterfahrungen und Bildungsbenachteiligungen betroffen sind.

Daneben wurde die Unterstützung und der Ausbau der geschlechtersensiblen Beratung des Jungenbüros Nürnberg für unbegleitete minderjährige Geflüchtete beantragt. Zusätzliche personelle

und sachliche Ressourcen sowie niedrigschwellige digitale Zugänge sollten dazu beitragen, Jungen und junge Männer mit Flucht-, Gewalt- oder Isolationserfahrungen frühzeitig zu erreichen und psychischen Krisen, Ausgrenzung und Gewalt vorzubeugen.

Ein weiterer Antrag griff den bereits früher behandelten Bedarf unabhängiger ombudschaftlicher Beratung in der Kinder- und Jugendhilfe erneut auf. Gefordert wurden eine unabhängige Ombudsstelle und eine kommunale Ansprechperson mit besonderer Sensibilität für Kinder und Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Wegen der gesetzlichen Zuständigkeiten, der Anforderungen an Unabhängigkeit und Datenschutz sowie der berührten Persönlichkeitsrechte erfordert dieser Vorschlag eine besonders sorgfältige fachliche und rechtliche Prüfung.

Ebenfalls zur Beratung gestellt wurde ein sehr spezifischer Antrag zu möglichen Wechselwirkungen zwischen familiengerichtlichen Entscheidungen, Jugendhilfe und sicherheitspolitischen Krisenszenarien. Die Behandlung macht eine klare Trennung zwischen kommunalen Aufgaben des Kinderschutzes, der richterlichen Unabhängigkeit in familiengerichtlichen Verfahren und bundespolitischen Zuständigkeiten erforderlich.

Im Bereich der sozialen Infrastruktur befasste sich der Integrationsrat außerdem anlässlich des diesjährigen Hitze-Sommers sehr konkret mit einer Anregung für zusätzliche Hitzeschutzmaßnahmen am Anton-Müller-Platz in der Südstadt. Vorgeschlagen wurden ein Trinkwasserbrunnen und eine Wassernebelanlage, insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche, die den Park für Freizeit und außerschulische Bildung nutzen. Das Thema verbindet Gesundheitsvorsorge, Klimaanpassung und die niedrigschwellige Nutzbarkeit öffentlicher Räume.

2.4 Zugang zu Verwaltung, Beratung und Rechten

Die Erreichbarkeit des Amtes für Migration und Integration beschäftigte den Rat aufgrund zahlreicher Rückmeldungen aus der Bevölkerung. Ein Antrag forderte für alle städtischen Geschäftsbereiche mindestens ein verlässliches Online-Kontaktformular. Für das Amt für Migration und Integration wurden ein niedrigschwelliger direkter Kontaktweg nach dem Vorbild des Einbürgerungsbereichs und eine personelle Stärkung des Kundenmanagements angeregt. Die Verwaltung solle über Prüfung und Umsetzung in der Kommission für Integration berichten.

Mit Blick auf die angekündigte Streichung der Bundesförderung für die unabhängige Asylverfahrensberatung ab 2027 setzte sich der Integrationsrat auf überörtlicher Ebene für den Erhalt dieser Beratungsstruktur ein. Aus Sicht des Rates tragen unabhängige Beratungsstellen zu rechtssicheren und zügigen Verfahren bei und sind besonders für vulnerable Schutzsuchende von großer Bedeutung. Ein Wegfall würde nicht nur die Betroffenen, sondern auch kommunale Beratungsstellen und Behörden zusätzlich belasten.

2.5 Antidiskriminierung, Chancengerechtigkeit und respektvolles Zusammenleben

Mit einem Antrag auf Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren wurde das Thema der Chancengleichheit im städtischen Einstellungsprozess aufgegriffen. Die Verwaltung solle die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen sowie ein Pilotprojekt prüfen, bei dem in der ersten Auswahlphase persönliche Merkmale wie Name, Herkunft, Alter oder Familienstand ausgeblendet werden. Ergänzend wurde angeregt zu prüfen, ob Bewerbende mit Migrationsgeschichte auf eigenen Wunsch eine Vertretung des Integrationsrates oder seiner Geschäftsstelle zu Vorstellungsgesprächen hinzuziehen können.

Der Integrationsrat griff zugleich die Verantwortung der Stadt als Arbeitgeberin auf. Ein Antrag zielte auf verbindliche Schulungen für Führungskräfte und Beschäftigte in verantwortungsvollen Positionen zu Rassismus, Diskriminierung, interkultureller Kompetenz, religiöser Vielfalt und respektvollem Umgang. Ausdrücklich einbezogen werden sollen auch rassistische oder diskriminierende

Witze, stereotype Bemerkungen und vermeintlich humorvolle Äußerungen. Ergänzend wurden regelmäßige Fortbildungen sowie vertrauliche und niedrigschwellige Meldewege für Beschäftigte angeregt.

Darüber hinaus wurde beantragt, die Alltagsexpertise des Integrationsrates stärker in die Arbeit der städtischen Antidiskriminierungsstelle mit einzubeziehen. Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit migrantischen Communities sollen so unmittelbarer in die Beratung und Beurteilung von Diskriminierungsfällen einfließen. Der Vorschlag verbindet die fachliche Perspektive des Integrationsrates mit dem Ziel, das Vertrauen der Betroffenen in die städtischen Verfahren zu stärken.

Mit einer Werbekampagne gegen Rassismus und Diskriminierung sollte die Haltung des Integrationsrates auch im öffentlichen Raum sichtbar werden. Vorgeschlagen wurden positive Botschaften an Orten wie Haltestellen, Schulen und Kulturzentren sowie eine begleitende Kommunikation über soziale Medien. Der Antrag verband Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, pauschalisierenden Darstellungen von Menschen mit Migrationsgeschichte entgegenzutreten und ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben sichtbar zu machen.

Weitere Anträge aus dem Herbst 2025 befassten sich mit Regeln für ein respektvolles und sicheres Miteinander. So wurden rechtliche Konsequenzen bei Beleidigungen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie Einschränkungen von Videogesprächen in Bussen und Bahnen zum Schutz der Privatsphäre unbeteiligter Fahrgäste angeregt. Beide Vorschläge machten eine Prüfung der bestehenden straf-, ordnungs-, datenschutz- und beförderungsrechtlichen Regelungen sowie der jeweiligen Zuständigkeiten erforderlich.

2.6 Innere Organisation, Öffentlichkeitsarbeit und soziokulturelle Präsenz

Nach dem Rücktritt des langjährigen Integrationsrats-Sachverständigen Bernhard Jehle aus persönlichen Gründen wurde die Nachbesetzung der vakanten Position in die Wege geleitet. Vorgeschlagen und gewählt wurde Sandra Schäfer vom Nürnberger Lehrer- und Lehrerinnenverein, die mit ihrem fachlich-beruflichen Profil die schulische und pädagogische Expertise im Integrationsrat stärken kann.

Neben der politischen Gremienarbeit setzte der Integrationsrat im Berichtszeitraum weiterhin auf eine breite Präsenz im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt. Mit eigenen Veranstaltungen, Dialogformaten, praktischen Aktionen und der Teilnahme an Stadtteilfesten machte er seine Arbeit sichtbar, eröffnete niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten und suchte den unmittelbaren Austausch mit Vereinen, Initiativen sowie den Bürgerinnen und Bürgern.

Den Auftakt bildete der Interkulturelle Empfang am 19. September 2025 im Kulturzentrum „Südpunkt“. Im feierlichen Rahmen wurde der Interkulturelle Preis 2025 an die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland - Nürnberg e. V. verliehen und damit deren langjähriges Engagement gegen Rassismus sowie für Empowerment, gesellschaftliche Sichtbarkeit und ein gleichberechtigtes Zusammenleben gewürdigt. Zugleich bot der Empfang den Gästen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft Gelegenheit zur Begegnung und Vernetzung.

Mit der Müllsammelaktion „Kehrd werd“ am 18. Oktober 2025 zeigte der Integrationsrat, nach einer entsprechenden mehrsprachigen Serie kurzer Videos in den sozialen Medien mit Aufrufen zum Sauberhalten der Stadt, auch im öffentlichen Raum praktische Verantwortung für das gemeinsame Lebensumfeld. Die Aktion in der Nürnberger Südstadt verband den Einsatz für ein sauberes Quartier mit einer sichtbaren Präsenz des Gremiums und informellen Gesprächen mit den Menschen vor Ort.

Unter dem Motto „Zuhören - Austauschen - Mitgestalten!“ lud der Integrationsrat am 14. November 2025 Vertreterinnen und Vertreter interkultureller Vereine zu einem Dialogabend ein. Im Gespräch, an dem auch Oberbürgermeister Marcus König teilnahm, ging es um bestehende Beteiligungsmög-

lichkeiten, noch vorhandene Zugangsbarrieren und die Frage, wie interkulturelle Vereine und migrantische Organisationen stärker in kommunale Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden können. Dazu soll es ab dem Herbst 2026, wenn die Bürgerversammlungen in den verschiedenen Nürnberger Stadtteilen wieder anlaufen, auch eine verstärkte, unterstützende Präsenz des Integrationsrates dort geben, um Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Zuwanderungsgeschichte beim Einbringen ihrer Anliegen zu unterstützen.

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus veranstaltete der Integrationsrat am 26. März 2026 im Nachbarschaftshaus Gostenhof die Podiumsdiskussion „Rassismus die Rote Karte zeigen! Wie viel Diskriminierung steckt im Sport?“. Mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Profi- und Amateurfußball, dem städtischen SportService und weiteren Sportorganisationen wurden offene und weniger sichtbare Formen von Diskriminierung, Erfahrungen Betroffener sowie vorhandene Melde-, Präventions- und Unterstützungsstrukturen diskutiert.

Einen besonderen Schwerpunkt in diesem Berichtszeitraum bildete das schon mehrfach erwähnte, vom Integrationsrat gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns ausgerichtete Vollversammlungs- und Fachtags Wochenende am 13. und 14. Juni 2026. Der landesweite Fachtag im Gemeinschaftshaus Langwasser stand unter dem Titel „Zukunft braucht Bildung: diskriminierungsfrei und vielfältig - gerechte Chancen für alle!“ und brachte Mitglieder kommunaler Integrationsgremien, Fachleute und weitere Akteurinnen und Akteure aus ganz Bayern miteinander ins Gespräch.

Nach einem Fachvortrag von Prof. Dr. Karim Fereidooni zur rassismuskritischen Arbeit in Institutionen wurden auf einem Podium und in mehreren Arbeitsgruppen unterschiedliche Aspekte gerechter Bildungs- und Teilhabechancen behandelt. Das Spektrum reichte vom Umgang mit Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit über die Stärkung von Eltern und Familien bis zu beruflicher Integration (maßgeblich vorgestellt durch das vom Integrationsrat getragene Projekt FiBA+), inklusiven Schulkonzepten und einer rassismuskritischen Betrachtung von Unterrichtsmaterialien. Der Fachtag verband damit wissenschaftliche Impulse, praktische Erfahrungen und die Entwicklung konkreter Handlungsmöglichkeiten.

Am Folgetag fand in Nürnberg die AGABY-Vollversammlung statt. Die Delegierten der kommunalen Integrationsräte und -beiräte berieten über die Arbeit des Landesverbandes, aktuelle integrationspolitische Herausforderungen und die künftige gemeinsame Interessenvertretung. Mit der Übernahme der Gastgeberrolle unterstrich der Nürnberger Integrationsrat seine aktive Einbindung in die landesweite Vernetzung. Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Wochenendes stellte zugleich einen der arbeitsintensivsten Schwerpunkte des Jahres dar.

Darüber hinaus war der Integrationsrat wie üblich auf Stadtteil- und Straßenfesten präsent. Besonders hervorzuheben ist die mehrtägige Teilnahme am Südstadtfest, das der Vorsitzende des Integrationsrates mit einem Grußwort und dem Anstechen des ersten Fasses mit eröffnen durfte. Die Präsenz mit Infoständen bei solchen Festen ermöglicht zahlreiche unmittelbare Gespräche und macht die Arbeit des Rates auch außerhalb formeller Veranstaltungen bekannt.

Zum Abschluss des Berichtszeitraums fand in kleinem Rahmen ein Sommerfest des Integrationsrates am 21. Juli 2026 im Garten des Nachbarschaftshauses Gostenhof statt. Im Mittelpunkt stand das persönliche Kennenlernen der neuen Mitglieder der Kommission für Integration sowie der informelle Austausch über die künftige Zusammenarbeit zwischen Integrationsrat, Kommission und Verwaltung.

Die unterschiedlichen Formate zeigen, dass Öffentlichkeitsarbeit für den Integrationsrat nicht allein in der Information über seine Gremienarbeit besteht. Durch kulturelle Veranstaltungen, politische Dialoge, praktische Aktionen und eine kontinuierliche Präsenz in den Stadtteilen schafft er Begegnungsräume, knüpft neue Kontakte und macht gesellschaftliche Vielfalt als selbstverständlichen Bestandteil des Nürnberger Stadtlebens sichtbar.

3. Fazit

Der diesjährige Berichtszeitraum war durch besondere äußere Rahmenbedingungen geprägt. Neben der regelmäßig zu beobachtenden Fluktuation des in Zahlen messbaren Outputs der Integrationsratsarbeit (Antrags- und Sitzungszahlen) band zusätzlich die Kommunalwahl zeitweise viele ehrenamtliche Mitglieder in ihrer Freizeit als selbst Kandidierende und verringerte durch die Abordnung von Beschäftigten an das Wahlamt zugleich die personellen Möglichkeiten der Geschäftsstelle. Parallel erforderte die Gastgeberrolle für den AGABY-Fachtag und die Vollversammlung umfangreiche Vorbereitung. Dies erklärt den Rückgang bei Sitzungen und neuen Anträgen im Jahr 2026.

Die Zahl der Beschlüsse blieb im Verhältnis dazu hoch. Acht Beschlüsse bis Ende August 2026 zeigen, dass der Integrationsrat auch Vorhaben weiterführte, die bereits in den Vorjahren angestoßen worden waren und längere Beratungswege durchliefen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Kontakte nach der Wiederbesetzung der FiBA+-Stelle deutlich und erreichte bereits bis Ende August 2026 einen höheren Wert als im gesamten Jahr 2025.

Inhaltlich standen Bildung, Sprachförderung und berufliche Praxis weiterhin im Vordergrund. Die im Herbst 2025 eingebrachten Anträge erweiterten das Arbeitsprogramm zugleich um Fragen des Kinder- und Jugendschutzes, der sozialen Teilhabe, des Wohnens, der Chancengerechtigkeit und des respektvollen Zusammenlebens. Mit seinen öffentlichen Veranstaltungen und seiner Präsenz in den Stadtteilen nahm der Integrationsrat darüber hinaus seine Rolle als Ansprechpartner, gesellschaftlicher Vermittler und Vernetzungsstelle sichtbar wahr und möchte dies durch bereits in Vorbereitung befindliche neue Formate weiter intensivieren.